

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Verpostgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Interate sollen die achtspaltige Kompartimentszahl oder deren Name L20 M.L. Wortausgleich das Setzgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungszuschlag 50 Pf. Familien- und Vereinstammungszuschlag fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Preisnehmer: Kurt Roden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kundgebungen in Paris und London.

Die Bedeutung der Pariser Kundgebungen.

Paris, 26. Mai. (S. T. B.)

Unter dem Titel „Ein notwendiges Ultimatum“ schreibt der „Populaire“ heute, daß die gestrigen Pariser Kundgebungen unter den augenblicklichen Verhältnissen eine ganz besondere Bedeutung einnehmen. Sie seien eine ernstliche Warnung, daß das Arbeitervolk nicht gewillt sei, die Versailles Politik anzunehmen, und zwar weder gegen sich selbst, noch gegen irgendein anderes Volk. Was gegen die kommunistischen Rußlands und Ungarns geschähe, sei eine weitgehende Anwendung der Gewaltpolitik, die Wilson und Bismarck im Jahre 1871 gegen das Pariser Volk angewandt hätten. Das Blatt fragt: „Was werden wir tun? Werden wir uns mit friedlichen Strafenkundgebungen, mit Reden in unseren Parteioptionen, mit Tagesordnungen in unseren Kongressen begnügen?“ Der ganze Schluß dieses erhabensten Artikels mit seinem diplomatischen Titel ist von der Zensur vollkommen gestrichen.

Platzieren sich, selbst Bestimmungen vorschlägt, die dieses Ziel unerreichbar machen würden. Danach kann man den Ernst der sozialistischen Versprechungen dieser Regierung wohl zur Genüge beurteilen.

Gute Zeiten für Mörder.

Während der Märzkämpfe in Berlin ist eine ganze Reihe von Personen unschuldig ermordet worden. Diese Reichen wurden beraubt, geschändet und ins Wasser geworfen. Vor der Erschießung sind die Opfer der Militärherrschaft in der schmerzlichen Weise mißhandelt worden, manche wurden bis zur Unkenntlichkeit entstell.

Wir haben eine ganze Reihe von solchen Fällen etwands dargestellt. Wir haben nachgewiesen, daß bei diesen dieser Opfer nicht der leiseste Grund zur Erschießung vorlag. Wir haben die Namen der Missetäter genannt und die Zeugen, zum größten Teil Angehörige, die der Mißhandlung und der Ermordung beizuhören, stehen uns heute noch zur Verfügung. Sie brennen darauf, daß gegen die Mörder endlich eingeschritten wird. Aber nichts geschieht. Sie laufen alle noch auf freiem Fuße herum, genießen die ungehemmteste Gunst ihrer Vorgesetzten und nehmen nach wie vor einflussreiche Positionen in den Freiwilligen-Verbänden ein.

Das schändlichste Verbrechen war die Erschießung der 32 unschuldigen Matrosen in der Französischen Straße. Der Täter war der Oberleutnant Ritzsch. Auch er befindet sich noch wie vor auf freiem Fuße, ja er trägt jetzt sogar stolz seine Uniform mit Samaschen und Sporen und geht im Moabit Kriminalgericht, wo das Regiment Reinhard sein Domizil aufgeschlagen hat, unbescholtener aus und ein. Die Angehörigen der ermordeten Matrosen sind auf das tiefste bedrückt, daß sie bisher noch nichts vernommen haben, ob und wie der Mord ihrer Väter oder Söhne gesühnt werden soll. Sie warten täglich auf ihre Vernehmung, um die Unschuld der Gemordeten vor Gericht einwandfrei zu bekunden. Nichts geschieht. Während politische „Verbrecher“ monatelang in Untersuchungshaft festgehalten werden, obwohl keinerlei Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr vorliegt, genießen in der „sozialistischen Republik“ der Firma Ebert-Scheidemann Mörder die vollste Freiheit. Die Teilnehmer an dem Märzaufruf, die oft nur der harmlosesten Vergehen beschuldigt werden konnten, wurden sofort festgesetzt. Sie schwanden in den Gefängnissen unter den Qualen des Hungers und sonstiger Annehmlichkeiten der Untersuchungshaft. Ein großer Teil von ihnen ist bereits abgeurteilt worden — aber Mörder hinter Schloß und Riegel zu bringen, das wird bei unserer heutigen Rechtspflege nicht für notwendig erachtet.

Auch in der Angelegenheit der vier erschossenen Genossen v. Dojewski, Hermann Rerr, Mikert und Jordan ist noch nichts geschehen. Die vier Benannten sollen angeblich bei dem Transport von Spandau nach Tegel aus einem schwerbewaffneten Auto geflohen sein. Bei diesem „Fluchtversuch“ sind sie erschossen worden. Keiner der Augenzeugen ist bisher vernommen worden. Wohl aber ist der Obmann Gofert, der an den Vorkommnissen in Spandau mitbeteiligt gewesen sein soll, wegen Freiheitsberaubung zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Gegen den Bruder des erschossenen Hermann Rerr ist ein Verfahren wegen Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung und verurteilten Totschlans. Er hat längere Zeit in Untersuchungshaft gesessen und wurde wie ein Schwerverbrecher mit Ketten gefesselt nach Moabit transportiert.

Wie lange soll dieser Skandal noch fort dauern? Wir wissen zwar, daß die Verbrechen des Militarismus keine entsprechende Sühne erfahren werden. Die Verbrecher werden wie die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Das Urteil gegen sie wird dementsprechend ausfallen. Aber bei allem Mißtrauen, das wir gegen diese Kriegsgerichte haben, fordern wir doch mit aller Entschiedenheit, daß über die Missetäter endlich zu Gericht gesehen wird. Sei es auch nur — um sie freizusprechen.

Ein Appell an das deutsche Proletariat.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands wendet sich an das deutsche Proletariat mit einem Aufruf, in dem es die unerträgliche Lage Lettlands seit dem von deutscher Seite inszenierten Staatsstreich vom 16. April schildert. Es herrscht die schlimmste Reaktion, alle politischen Freiheiten sind unterbunden, die gesetzlich gewählten Verwaltungsorgane werden aufgehoben, durch das Land ziehen deutsche „Strafexpeditionen“, die die ungeheuerlichsten Greuelthaten begehen. Vor einigen Tagen wurden eine Reihe Mitglieder des Volksrates, des auch von Deutschland anerkannten Trägers der souveränen Macht in Lettland, verhaftet, darunter führende Genossen der lettischen Sozialdemokratie: A. B. W. S. W. S. W., Stadthaupt von Libau, Dr. F. M. E. n. d. e. r und A. R. u. d. e. w. i. c. Das Leben der Verhafteten ist in Gefahr. So ist unter dem Druck der verbündeten deutschen und baltischen Konterrevolution die junge Freiheit Lettlands zertrütert worden.

Diese blutige Gewaltpolitik der baltischen Barone — heißt es in dem Aufrufe weiter — geschieht mit Billigung der offiziellen Vertreter der „sozialistischen“ Regierung Deutschlands und wird aktiv unterstützt von der hier befindlichen deutschen Militärmacht. Abgesehen von den offiziellen Lügenmeldungen und den unabweisbaren Dementis des Gouverneurs — des bekannten Bimlandensers Grafen von der Goltz, wissen alle Einwohner Lettlands, daß die militärische Verdrängung vom 16. April, die Entlassung der lettischen Armeeteile, die zahlreichen Verhaftungen und andere Ueberfälle auf die Demokratie Lettlands, mit Unterstützung des reichsdeutschen Militärs durchgeführt sind. Der Laibstand dieser Ereignisse ist auch dem deutschen Reichswehrminister Rodke anlässlich seiner Lettlandreise bekannt geworden. Er fand es jedoch für zweckmäßiger, der öffentlichen Meinung Deutschlands diese Dinge zu verheimlichen und die reaktionäre Verschwörung zu unterstützen. Im Namen des Proletariats Lettlands sowie des gesamten lettischen Volkes erklären wir, daß die volle Verantwortung für das hier Geschehene die deutsche Reichsregierung sowie die diese Regierung unterstützende mehrheitssozialistische Partei Deutschlands trifft. Vor der sozialistischen Internationalen erklären wir, daß alle von den Vertretern dieser Partei auf den Konferenzen der Internationalen in Bern und Amsterdam abgegebene Erklärungen unwahr und bewiesene Lüge sind. Wir sprechen dieser Partei das Recht ab, gegen den Gewaltstreich der Entente zu protestieren, weil sie in Lettland eine reaktionäre Politik sondergleichen treibt und unterstützt.

Unsere einzige Hoffnung setzen wir auf das internationale revolutionäre Proletariat und seine Führerin in Deutschland, die U. S. S. D. Von dieser Seite erbitten wir Unterstützung während der dunklen Okkupationszeit, erhalten sie jetzt und erwarten sie auch für die Zukunft. Indem wir die Politik der deutschen Regierung in Lettland mißbilligen, die hier die Helfershelferin der Junkerlichen Reaktion ist, appellieren wir an Euch im Namen des lettischen Volkes und erwarren Hilfe von Eurer internationalen Solidarität.

In der jetzigen Lage fordern wir: die deutsche Okkupationsmacht darf nicht mehr weiter zur Unterstützung der reaktionären Pläne der baltischen Barone verwendet werden. Die Okkupationsinstanzen sollen nicht die allgemeine Mobilisation Lettlands, wie bis jetzt, hindern. Die Militär- und Okkupationspolizei muß sofort liquidiert werden. Das sozialistische Deutschland darf nur den lettischen Volksrat und eine von ihm eingesetzte zeitweilige Regierung anerkennen und unterstützen; in keinem Fall aber eine durch reaktionäre Verschwörungen entstandene deutsch-lettische Putschregierung.

Gleichzeitig mit diesem Appell an das deutsche Proletariat wandte sich das Zentralkomitee in einem ähnlichen Aufruf an das Internationale Sozialistische Bureau in Haag, in dem die Sozialisten Frankreichs und Englands aufgefordert werden, einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit diese entsprechende Maßnahmen zur Liquidation der reaktionären Mächte in Lettland ergreifen. Einen scharfen Protest hat ferner der Genosse B. u. c. h. e. w. i. c., Stadthaupt von Libau, aus dem Gefängnis heraus an Scheidemann gerichtet. Der Vizepräsident des Volksrates hat am 17. Mai unter Hinweis

Arbeiterkundgebung in London.

London, 26. Mai. (Meuter)

Nach einer Kundgebung von arbeitslosen Straßen Soldaten und Seelenen im Hyde Park, versuchten die Demonstranten zum Parlament durchzudringen. Die Polizei, die ihnen den Weg verperrte, wurde mit Gaskolben beworfen. Mehrere Personen wurden verwundet. Ein britischer Schutzmann wurde verletzt. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Freilassung der Geiseln in Ungarn.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 26. Mai.

Die Käterregierung hat, da der äußere Feind von den unter Waffen getriebenen Proletariatsmassen aufgehalten wird und die gegenrevolutionären Bestrebungen im Innern nicht mehr gefährlich werden können, die Freilassung sämtlicher politischer Geiseln angeordnet.

Eine Gefahr für die Sozialisierung.

Seit der Revolution haben deutsche Unternehmer das Bestreben, ausländisches Kapital an ihren Unternehmungen zu beteiligen. Namentlich mit amerikanischen und französischen Kapitalisten haben solche Unterhandlungen stattgefunden. Näher andere Gründe war dafür vor allem die Hoffnung maßgebend, daß eine stärkere Beteiligung ausländischen Kapitals die Sozialisierung solcher Unternehmungen erschweren würde. Man rechnete damit, daß ausländische Regierungen sich schützend hinter die Nationalinteressen ihrer Angehörigen stellen und so die Sozialisierung vereiteln würden.

Run hat aber die deutsche Regierung selbst jetzt einen ähnlichen Weg eingeschlagen. In der Note der Friedensdelegation über die Abänderung der Bestimmungen für das Saargebiet schlägt die deutsche Friedensdelegation die Entente vor, die Regelmäßigkeit von Kohlenlieferungen sich in folgender Weise zu sichern:

1. durch Gewährung eines Vorkaufsrechts auf Kohlen, welche in einer Höhe erfolgen soll, die ihnen einen wesentlichen Einfluß auf die Verwaltung der betreffenden deutschen Unternehmungen sichert;

2. durch Gewährung eines Vorkaufsrechts auf den Uberschuß der gesamten deutschen Kohlenproduktion über den Inlandsbedarf. Genügt dieser Uberschuß nicht zur Erfüllung der vereinbarten Liefermengen, so wird der Verbrauch von Kohlen aus Deutschland, Frankreich und Belgien gleichmäßig rationiert; zur Ueberwachung der Ausführung der vorgenannten Vorsorge wird eine Kommission aus Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Belgiens eingesetzt.

Es ist klar, daß der erste Vorschlag, der sich hauptsächlich auf die Beteiligung des französischen Kapitals an den Kohlen des Ruhrgebiets bezieht, die Sozialisierung des Ruhrgebiets, ja sogar jede eingreifendere staatliche Regelung des Kohlenbergbaus für lange Zeit unmöglich machen würde. Es ist unerhört, daß dieselbe Regierung, die die Sozialisierung des Bergbaus an allen Strahenenden

auf die Verabreichung der Volkstratemitglieder folgenden offiziellen Protest an die deutsche Regierung gerichtet:

Da der Generalkommandant des deutschen Meeres für die baltischen Länder, August Winaig, im November 1918 im Auftrag der deutschen Regierung einen Vertrag mit dem vom lettischen Volkstag gewählt eingesetzten Ministerpräsidenten A. Ulmanis abgeschlossen hat, in dem anerkannt wird, daß die souveräne Macht in Lettland dem Volkstare gehört, und da ferner der kommandierende General des 6. Reserve-Korps Graf von der Goltz unlängst einen Befehl erlassen hat, dahin lautend, daß sämtliche in Lettland operierende reichsdeutsche, deutschbaltische und lettische Truppen sowohl an, wie auch hinter der Front ausschließlich ihm unterstellt sind und keine militärische Handlungen wie auch Verhaftungen ohne seine Einwilligung vorgenommen werden dürfen, so erlauben wir Sie höflich, und mitzutellen, ob die deutsche Regierung oben erwähnten Vertrag als zu Recht bestehend anerkennt und falls ja, ob sie dann unverzüglich die nötigen Schritte tun wird, damit das hiesige deutsche Generalkommando dafür sorgt, daß alle widerrechtlich verhafteten Mitglieder des Volkstares, der am 12. Mai seine zweite Session eröffnet hat, sofort befreit und alle diejenigen Angehörigen der deutschbaltischen Landeswehr, die sich in solch einer dem Befehl höhnischprechenden Weise an Mitglieder des Volkstares schwer vergriffen haben, verhaftet und bestraft werden.

Andem wir die Öffentlichkeit von allen diesen formalia geheimhaltenen Vorgängen und Protesten in Kenntnis setzen, erheben wir untererleits schärfsten Protest gegen die Duldung und Förderung der reaktionären Machenschaften in Lettland durch die Reichsregierung. Es ist ein unerhörter Skandal, daß dieses den elementarsten Rechtsbegriffen höhnsprechende Treiben der reaktionären Kunsereaktionen seit Monaten fortgesetzt werden darf, ohne daß die Regierung, die von allen Vorkämen unterrichtet ist, etwas dagegen unternimmt. Sie bezieht sich dadurch jedes Rechts, gegen die Gewalttätigkeit und die Rechtsverletzungen der Entente zu protestieren und übernimmt die Verantwortung für die enormen Schädigungen, die die deutsche Politik durch ihr provokatorisches Auftreten im Osten erleidet.

Das Kapital hat kein Vaterland.

Die Entrüstung über die Friedensbedingungen der Entente ist abgelöst worden durch die Empörung über das „vaterlandslose“ Verhalten der Bourgeoisie in der Pfalz und im Rheinlande. In Vandalen hat sich ein Ausschuß von 21 Herren gebildet, der eine Republik Pfalz auszurufen wollte. Alles war schon fertig: der neue Präsident, der Aufruf an das Volk, das Programm für die Anstige Politik und die Mitgliederliste der pfälzischen Regierung. Die Gründer der neuen Republik hatten sich der Anerkennung durch die französischen Besatzungstruppen versichert. Die widerspenstigen Beamten sollten verhaftet und nach dem Reich abgeschoben werden. Die deutsche Regierung bekam Wind davon, sie ließ die Gründer verhaften und wollte sie als Hochverräter behandeln. Die französische Besatzungsbehörde befreite jedoch die Leute wieder und nahm ihrerseits Verhaftungen und Abschiebungen von Beamten vor. Darüber ist es zu einer Beschwerde des Herrn Erzberger bei der Waffenstillstandskommission gekommen.

Kann man annehmen, daß in der Pfalz nur ein kleiner Teil der Bourgeoisie hinter den Loslösungsbestrebungen steht, so haben diese im Rheinland schon weitere Kreise gezogen, und hier ist es vor allem das Zentrum, das die treibende Kraft bildet. Im Rheinland ist die Zentrumsparthei nicht wie in andern katholischen Gegenden vornehmlich die Vertreterin agrarischer und kirchlicher Interessen, hier sind es weite Kreise des Industriekapitals, die hinter dieser Partei stehen. Deswegen braucht es nicht Wunder nehmen, wenn das rheinische Zentrum den Anschluß an Frankreich sucht, an das selbe Frankreich, das sonst von der katholischen Kirche als der Hort des Unglaubens, als ein wahrer Sündenpfuhl bezeichnet wird. Im Rheinlande wird die Agitation für

Bergeltung.

I.

Man geht über die „Sünden“ und denkt an nichts. Denn es kommt vor daß man anderer Leid vergißt, bis man wieder aufgeschreckt wird, wenn Elend erbittert einen in die Seele schreit.

Eine Prozession schleicht durch die Stadt, die nicht von Leuten zerrastaltet wird, weil andere leiden, sondern weil sie selber leiden. Lange Scharen geschundener Menschen wälzen sich langsam müde vorwärts. In langen Kolonnen schleppen sich unschuldig Gefolterte dahin.

Kriegsverletzte.

Ihnen war der Himmel auf Erden versprochen, als sie in der Hölle auf Erden ihre Lieber zum Teufel jagen mußten. Zur Ehre der Nation wurden sie arbeitsunfähig gemacht. Man wird euch schon vergelten, was ihr „für uns getan habt.“

II.

„Passanten“ lassen ihre Reagier beim Anblick getretener Menschheit ablehnen, damit sie hernach Stoff zu Erzählungen haben und den bekannten Seufzer ausstoßen können: „Ja der Krieg...“ (Jeder denkt an seine Pupons.)

Schneller als der Jammervolle Zug der Krüppel fahren aber jene Bestautos, auf denen junge Offiziere Handgranaten wie Taschentücher schwelgen, und sich freuen, daß es nun endlich „ran an den Feind geht“, denn nach dem Okändnis eines „Namezaken“ macht es manchen von ihnen ja noch mehr Spaß, auf einen Proletarier zu schießen, als auf einen Engländer oder Russen.

Fünf ahnungslose junge Soldner stehen „lebendes Bild“ um ein Maschinengewehr, das auf dem Verdeck aufgebaut ist. Klugwätter, die aus der Schar der Opfer hochfliegen, zerritt geschäftig der Fuß einer Kratur, um sich eine „gute Nummer“ zu verschaffen, und verächtlich blidt man auf Leute herab, die nicht mehr töten können, denen schon Bewegung, Essen, Trinken oft eine Qual ist, während gesunde Knochen doch wohl gewiß zum bessern Leben verpflichtet.

Einige Minuten später wird geschossen. Man muß ihnen doch zeigen, daß sie wehrlos sind! Man muß ihnen doch zeigen, wie vergolten wird. Man muß ihnen doch zeigen, daß man ein Geld ist und kein Schamgefühl besitzt, denn der Strahe ist, daß eine Militärdiktatur herrscht, der sie ihre geschossenen Knochen verdanken.

Wie danken für die Bekehrung.

Kurt Kerpen.

Hafencl vor.

Aus Kiel wird und geschrieben: In der vorigen Woche hatte Walter Hasenclever auf Veranlassung des literarischen Vereins in Kiel revolutionäre Dichtungen vorgelesen. Die

die Volkstagsvorstellungen mit Hochdruck betrieben. In Wachen, Adin, Mainz, Trier, Koblenz und Wiesbaden haben sich Ausschüsse gebildet, die mit den pfälzischen Separatisten zusammenarbeiten. Das Rastener Zentrumblatt hat offen ausgesprochen, was das Ziel der Bewegung ist. Das Rheinland soll „wichtige Reserverate“ für sich bekommen, um seine wirtschaftliche Zukunft sicheres zu stellen und Einfluß auf die Gestaltung der Beziehungen zum Ausland zu gewinnen. Deutscher gesprochen hat die rheinische Bourgeoisie den Wunsch, sich von der Bedung der Kriegsschulden zu drücken. Sie glaubt, wenn sie jetzt bei Frankreich Unterhandlung sucht, günstigere Bedingungen zu bekommen als das übrige Deutschland. Die „Ablöse-Vollzeitung“ hat durchblicken lassen, daß die Reichsregierung um diese Dinge wisse; offiziell ist das in Abrede gestellt worden.

Wie vermögen die Entrüstung über die vaterlandslosen Gesellen nicht mitzumachen. Das Kapital hat kein Vaterland; es kennt nur das eine Ideal, hohen Profit zu machen. Und wenn sich die Bourgeoisie des übrigen Deutschland die Möglichkeit hätte, sich an Frankreich anzuschließen, um dadurch von der Verantwortlichkeit für seine Kriegsschulden loszukommen, sie würde trotz aller nationalen Phrasen dem Beispiele der Pfalz und des Rheinlandes folgen.

Die obererschlesischen Bergarbeiter zur Abtretung Oberschlesiens.

Aus Katowik wird über eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes berichtet, die sich mit der politischen Lage in Oberschlesien beschäftigte. Während der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes Löffler den Standpunkt vertrat, daß Oberschlesien nichts mit den Polen gemein habe, trat der Pole Caspari dafür ein, daß Oberschlesien Polen gehöre. Nach eingehender Aussprache wurde mit allen gegen eine Stimme eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt:

120 Vertrauensmänner des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die am 25. Mai 1919 im Gewerkschaftslokal in Katowik als Vertreter von fast 50 000 organisierten Bergarbeitern versammelt sind, erheben schärfsten Protest gegen die geplante Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland und Anschluß an Polen. Als eingeborene Oberschlesier befreiten sie, daß Oberschlesien ein von unbestreitbarer Polensmehrheit bewohntes Land ist; da jedoch die Stichtigkeit dieser Auffassung angezweifelt wird, so fordern sie, daß das obererschlesische Volk zur Selbstentscheidung aufgerufen wird, und zwar in vollstän dig freier und ungehinderter Abstimmung.

Ferner heißt es, daß sich die Einverleibung Oberschlesiens nach Polen ohne Befragung der Bevölkerung als ein brutaler Gewaltakt darstellte, der jedem Gerechtigkeitsempfinden hohen Schaden würde.

Die bürgerliche Presse zieht aus dieser Kundgebung den Schluß, daß unter der polnischen sprechenden Bevölkerung Oberschlesiens ein radikaler Stimmungsumschwung eingetreten sei. Diese Vermutung dürfte kaum zutreffen sein, denn die polnischen Bergarbeiter gehören zum größten Teil der polnischen Berufsorganisation an. Der Beschluß der Vertrauensleute des deutschen Bergarbeiterverbandes ist deshalb kaum maßgebend zur Beurteilung der Stimmung der Polen in Oberschlesien.

Englische Sozialisten über Scheidemann.

Der „New Statesman“, die in London erscheinende sehr angeesehene sozialistische Zeitschrift, die von Sidney Webb herausgegeben wird und an der Männer wie Bernard Shaw, Macdonald, Snowden mitarbeiten, schreibt in der Nummer vom 17. Mai:

„Wenn irgend etwas die Friedensbedingungen rechtfertigen kann, so sind das zweifellos Herrn Scheidemanns Worte darüber, denn er hat kein Recht zu seinen Protesten; sie klingen falsch. Wahrscheinlich mehr als irgendein anderer Mann in Deutschland war er verantwortl ich, natürlich nicht für den Ausgang des Krieges, aber für seine Fortsetzung in den späteren Stadien. Was politische Grundsätze anlangt, so hat er

sich als ein Speymacher gezeigt. Von 1916 bis 1918 hat er fortwährend keine Grundsätze der militärischen Lage in einer Weise angepaßt, die logar in Deutschland erhaben in jeder andern Wegeg und begreiflich gewesen wäre. Er machte keinen wirksamen Protest gegen den Anmarsch von Bulgarek. Es ist bei seiner Haltung unmöglich zu glauben, daß, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte und verschlechterte, solche oder schlimmere Bedingungen den Allierten zuerlegen, so wäre er der erste gewesen, sie zu verteidigen. Seine Rede an die deutsche Nationalversammlung mit dem ausgearbeiteten Verednamtel, ihren melodramatischen Vortrag und mit ihrer Miene von beleidigter Rechtl ichkeit läßt die öffentliche Meinung der Allierten kalt. In der Zeit vielmehr: sie beeinflusst sie mehr als irgend etwas anderes hätte tun können, zugunsten der Bedingungen, die sie jetzt sind. Macht, das hat sich immer wieder und wieder gezeigt ist das einzige Ding, was ein Scheidemann versteht. Aber auch nicht die Reden von Herrn Scheidemann können vor dem Gewissen Europas diesen Frieden rechtfertigen. — Es ist keine Ehre, auch für die Sieger einen solchen Frieden zu unterzeichnen. — Im Bestreben, alle Früchte des Sieges zu erhaschen, werden wir sie weg; denn wir festen für Frieden und in diesem Vertrag ist kein Frieden.“

Die rechtssozialistischen Führer könnten aus dieser Neuerung lernen, wie unangeeignet sie auch den ausländischen Sozialisten zur Vertretung der deutschen Interessen erscheinen, die selbst während des ganzen Krieges die Kriegspolitiker ihrer Gewalttätigkeit bekämpft haben und auch jetzt die schärfsten Kampf gegen die Friedensbedingungen führen. Aber solche Einsicht haben sie nie besessen, mit alledem daß halb auch nicht, daß das Urteil des „New Statesman“ diese Einsicht hervorruft wird.

China für einen Rechtsfrieden.

In der „Humanität“ vom 20. Mai schreibt Marcel Cachin: China trat in den Krieg ein, weil es hoffte, daß die Friedenskonferenz ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen würde. Denn in langer Zeit war es das Opfer internationaler Injustizien und Pfändungen. Deutschland vor 1914 hatte, wie die anderen Großmächte, ein Teil Chinas geraubt und sich in Kauschen und Hinterland festgesetzt. Die Hoffnung Chinas, daß es durch Gebiet zurück erhalten würde, ging nicht in Erfüllung, denn Japan erhielt nicht nur dieses Gebiet, sondern die Friedenskonferenz sprach ihm auch ganz Schantung zu, ein Gebiet von 80 Millionen Bevölkerung. Dagegen erhielt die junge chinesische Republik einen Protest. Zwar ist sie arm und waisenlos, aber sie verweigert sich. Sie fragt mit Besorgnis, was aus den Vorkämpfern des Friedens geworden ist. Sie wird vielleicht morgen zur Bergweissung getrieben sein.

Auch hierin hat sich die internationale kapitalistische Diplomatie entäußert und entschieden verfehlt man mehr und mehr, warum die Geheimdiplomatie nicht hat sterben wollen. Auch diese Entrechtung eines Volkes zugunsten der japanischen Kapitalisten erhebt sich im französischen Proletariat ein starker Unmut und es protestiert dagegen in gleicher Weise wie gegen die Gewalttätigkeit Deutschlands.

Die Zukunft Konstantinopels.

Amsterdam, 27. Mai.

Nach einer bräutlosen Meldung soll Wilson den Generalkonferenz in London über Konstantinopel abgefragt haben, sich darauf vorzubereiten, daß die Vereinigten Staaten kein Mandat über Konstantinopel übernehmen werden. Diese Nachricht betrachte das nicht als Beweis dafür, daß Wilson dagegen ist, sondern als eine Vorsichtsmaßregel gegen eine eventuelle Entscheidung von seiten des Kongresses. Man schlägt vor, Konstantinopel einer internationalen Kommission zu unterstellen, in der alle Großmächte Stimmen haben, und wenn dieser Plan durchführbar ist, die Verwaltung der Stadt Griechenlands zu übertragen.

wohe Mehrheit des überfüllten Saales hatte er mit seinem bekanntlichsthaften Aufruf zu Menschlichkeit und Güte hingewiesen. Eine kleine Minderheit pfiff und johlte, um beim Vortrag des Röderer-Gedichtes menschlich betroffenen zu schweigen. Der partei Deifall läßt das Unvermögen der Offiziere und das Unvermögen der bürgerlichen Kritiker aus. Der Widerstand reizte zu neuer Aktion. Was der kourgeisen Schäre fernlag — Brüderlichkeit und Güte —, das sollte bei der Arbeiterschaft gefunden und gewendet werden. Der Saal war infolge mangelnder Propaganda nur mäßig gefüllt. Die von Hasenclever vortragenden politischen Dichtungen stärkten ethischen Gehaltes wurden mit tiefer Anteilnahme gehört. Der Vortrag gipfelte in dem leidenschaftlichen Protest gegen die Gewalt. Aber auch hier kam es wieder zur Störung. Bei der Stelle, die am gewaltigsten an das Menschentum appelliert, die an die grauenhaften Massenermordungen der Defekturen, armer vom Grauen gepogter Menschen erinnert, warf ein Kollekutnant die Parole der Barbarei: „Das waren noch schöne Zeiten!“ in den Saal. Es ist nicht geschmackvoll, künstlerische Vorträge durch Jurure zu unterbrechen. Aber es ist b-fällig, die Zeiten des Worts, der brutalen Gewalt, der Anrechnung jeder Freiheit und Menschlichkeit als „schöne Zeit“ zu manifestieren. Die Szene wurde zum Tribunal. Die Arbeiterschaft läßt sich die Verherrlichung der Leninmanderichte nicht mehr bieten. Den Redner und jüngling Gefinnungsgenossen entzerrte man etwas herab aus dem Saal, und es ist bedauerlich, daß ihre „Bestimmungslosigkeit“ ihnen auf der Straße regelrechte Prügel eintrug.

Die Angelegenheit ist ein Symptom und eine Manifestation. Man hat in der breiten Masse erkannt, daß Gewalt Unrecht, daß Menschlichkeit das Höchste ist. Und man ist nicht gewillt, die brutale Militärdiktatur länger zu ertragen. Daran werden Kollekutorden nichts ändern. Das Proletariat aller Länder wird einsehen, daß ein entmilitarisiertes Deutschland ein harter Hort der Gerechtigkeit werden kann. Es wird helfen, die Reste jener schmachvoller Zeit zu vernichten, bei uns und bei sich.

Der neue Dichter aber, bereit, die Zukunft heranzuführen und fest zu gründen, ruft eifrig auf zu Liebe, Brüderlichkeit und Güte.

Die neue Jugend.

Hans Hasenclever: Die Jugend der neuen Zeit. Berlin 1919. Preis 20 Pf.

Unter den drängenden Aufgaben des Tages kommt die Partei nicht leicht dazu, sich eingehend mit den Fragen der Jugendbewegung und Jugendorganisation zu befassen. Nicht aber daß der gute Wille fehlt, aber es mangelt an Zeit, an Kräften, nicht selten auch an dem richtigen Verständnis für diese Dinge. Auch der Parteitag hat ohne sich schließend werden zu können, diese

Fragen zunächst einer Kommission zur Klarstellung überlassen. So ist die Jugend in der Hauptsache sich selbst überlassen. Kann das nur teilweise bedauern. So dringend notwendig es ist, daß die sozialistische Jugendbewegung von der Partei aus unterstützt und beraten wird, daß sie in lebendiger Verbindung mit ihnen steht, so belagendwert wäre eine Bevormundung der Parteibogen. Und diese Gefahr liegt vor, sobald ältere Generationen mit ihrer überlegenen Erfahrung die Organisation in die Hände nehmen. Es ist aber durchaus notwendig, daß die Jugend sich aus sich heraus, und ihren Bedürfnissen gemäß, die von den Parteiführern zum großen Teil verschieden sind, sich ihre Organisation sucht. Unserem neueren Teil liegt es ob, sie dabei aufzumachen und zu verfolgen, und wo sie unterer bedarf, ihr beizustehen und Tot. Am besten geeignet dazu werden diejenigen Generationen sein, die selber aus der Jugendbewegung herausgewachsen sind, noch nahe stehen. Sie sind die geeigneten Vermittler zwischen ihr und der Partei. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß eine Schrift erscheint, welche Lage, Ziele, Vermittler und Probleme der proletarischen Jugendbewegung aus der persönlichen Erfahrung heraus schildert.

Der Verfasser hat schon während des Krieges — als 18-jähriger — eine kleine orientierende Schrift über die sozialistische Jugend geschrieben. (Weltmanns Verlag, 30 Pf.) Seit 11-jährig — einen Verein für Arbeiterkinder gründen wollte, hat er seine Kraft und Liebe dieser Arbeit. Er hat alle Gemüts- und Kämpfe der Kriegszeit tapfer mit durchgemacht. Er und sagt, ist also aus lebendigstem Erleben herausgewachsen und gibt uns den besten Einblick in die Räte und Ostjungen unserer arbeitenden Jugend.

Auf die einzelnen Fragen, die die kleine Schrift behandelt, die Einstellung der heutigen Jugend zur älteren Generation, die Schulfrage, die Forderungen für die Jugendorganisation, die Fragen der politischen Schulung, die Angliederung an Partei und Gewerkschaften, über manche Probleme der Jugend wird noch eingehender zu reden sein, und wie werden darauf zurückkommen. Heute verweisen wir nur herzlich empfohlen auf das kleine Buch, und möchten wünschen, daß es in Parteilichen und darüber hinaus, bei jedem Freund unserer Jugend und ihrer Zukunft Interesse und Verständnis finden möge und Arbeiter werden zu des Verfassers schönem Ziel: junge Arbeiter zu bilden zum Sozialismus, d. h. einer auf Menschlichkeit, Wahrheit, auf Kultur gestützten Weltanschauung.“

Anna Siemsen.

Ein Führer der revolutionären Jugendbewegung in Alexander-Schwarz wird am Mittwoch, den 28. Mai, im Arbeiter-Turn- und Sportverein, Charlottenburg, Gauerstr. 88, einen Vortrag halten über das Thema: „Jugend und Weltanschauung“. Es sind angehr, Arbeiter, Schüler, Studenten, Lehrer, Beamte, die Jugend sind herzlich eingeladen. Der Vortrag wird von einer freien Schülerkassette veranstaltet.

Daraus den kommunalen Arbeiterräten.

Die Staatshaushaltskommission der preussischen Landesversammlung beschäftigte sich gestern mit dem Etat des Ministeriums des Innern. Im wesentlichen wurden Fragen der Verwaltung, insbesondere die Ernennung von Landräten durch die Regierung, und im Zusammenhang damit die Umgestaltung der Verwaltungsreform überhaupt behandelt. Die Konservativen mühten den alten festgeschlossenen Reamtenkörper erhalten sehen, der ihnen am besten geeignet erscheint, die alte reaktionäre Wirtschaft zu konservieren; dem wurde von den verschiedensten Rednern entgegengetreten.

Wichtig waren die Erklärungen, die gestern der Minister Heine über die kommunalen Arbeiterräte abgab. Der Abgeordnete Dominicus von der demokratischen Partei erklärte die kommunalen Arbeiterräte hätten ihren Zweck erfüllt, sie wären in der Uebergangszeit zu ertragen gewesen. Heute seien sie überflüssig und festeten nur unnützerweise Geld. Herr Dominicus ging des näheren auf die Ausgaben des Vollzugsrates ein, er legte dar, daß die Mitglieder des Vollzugsrates außerordentlich hohe Einnahmen bezögen, die zu bedauern seien je länger je mehr unendlich würde. Das müsse jetzt aufhören. Zum Schluss ließ der Redner der Rechten vollkommen an. Fort mit den kommunalen Arbeiterräten! So lautete ihre Parole. Und sie fanden bei dem Minister Heine noch weiteres Entgegenkommen. Dieser berichtete reaktionäre Mann bewies darauf, daß er sich auf Grund eines Einzelfalles seinen Standpunkt klar festgestellt habe. Er mache kein Hehl daraus, daß heute, nachdem die Gemeinden auf Grund eines freien Wahlrechts zusammengesetzt seien, für die Arbeiterräte in der Kommune kein Raum mehr vorhanden sei, und daß den Gemeinden ihre weitere Finanzierung nicht mehr zugemutet werden könne.

Genosse Reid wandte sich energisch gegen diese Auffassung; die Arbeiterräte, eine Errungenschaft der Revolution, mit einem Verbot zu befehlen, werde nicht gelingen, und wenn sie den Herren noch so un bequem seien. Wenn die Mehrheit ihre Befehlsgewalt befehlen würde — und das bekommt sie fertig — so könnten die Herrschaften sich darauf verlassen, daß die Zeit kommt, wo über diese ganze Mehrheit der Landesversammlung die Arbeiterräte zur Tagesordnung übergehen wird. Zudem bestiehe eine Verordnung der Regierung, die den Gemeinden die Finanzierung der Arbeiterräte zur Pflicht mache. Eine Ministererklärung könne das nicht so ohne weiteres befehlen. Darauf erklärte der Unterstaatssekretär Dr. Meyer, daß die Verordnung, von der Genosse Reid gesprochen, eigentlich gar keine Verordnung darstelle und nur vorschreibend in das Verzeichnis der Landesversammlung vorgelegten Verordnungen gekommen sei. Es sei nur eine Instruktion ohne gesetzlich bindende Kraft. Es sei es sich um die kommunalen Arbeiterräte handele, unterließ der Unterstaatssekretär noch einmal die Auffassung, daß heute kein Hehl für sie mehr sei. Uebrig sei im Augenblick noch die Stellung der Arbeiterräte bei den staatlichen Verwaltungen, die aber kaum anders zu bewerten sein dürfte.

Die Redner der Rechtssozialisten: Heilmann, Gausig, Brandenburg, Richter und Vieh, wiesen darauf hin, daß dort, wo keine sozialistischen Mehrheiten in den Gemeinden vorhanden seien, die kommunale Arbeiterrat noch arbeiten könne, was von den bürgerlichen Rednern mit dem Hinweis begegnet wurde, daß dieser Standpunkt sich mit der Demokratie nicht vereinbaren ließe. Vieh wies darauf hin, daß die von Herrn Dominicus vorgetragene Einzelheiten über die Aufgaben des Vollzugsrates verschiedentlich nicht mehr zutreffen. Herr Cassel von den Demokraten erklärte, daß ein Kontrollorgan in der Gemeinde heute ganz überflüssig sei. Er wolle vom Magistrat zu Berlin genaueren Aufschluß verlangen über die Finanzierung des Vollzugsrates; er bemängelte auch noch die Schaffung einer Beschwerdestelle im Rathaus, die ganz wertlos sei.

Durch dieses vom Ministerium unterstützte Treiben der bürgerlichen Redner — die Redner der Rechtssozialisten waren schwanzend — bekamen die Konservativen neuen Mut und sie verlangten ganz kategorisch, daß die Regierung der Errungenschaft der Revolution, den kommunalen Arbeiterräten, klar und unabweisend ein Ende mache durch eine Verfügung an die Gemeinden, wonach in Zukunft keinerlei Gelder für diese Zwecke angewendet werden dürfen. Das sei notwendig, um zu verhindern, daß Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten sie doch noch bewilligen.

Die Regierung wird sich berufen, dieser Aufforderung der Konservativen zu entsprechen; denn das wäre ja nur die folgende Fortsetzung der Politik des Ministers Heine und seines Unterstaatssekretärs. So lenkt die Regierung bei jeder Gelegenheit das Staatsrad in das alte Fahrwasser hinein. Wie lange noch?

Die vorstehend ausgesprochene Vermutung hat sich bereits erfüllt. Wie die P. A. N. hören, hat jetzt auch das preussische Staatsministerium beschlossen, daß neben den auf Grund eines allgemeinen demokratischen Wahlrechtes gewählten Gemeindevertretungen ein Grund für die Fortexistenz der Arbeiterräte nicht mehr besteht. — Das Ministerium hat sich bereits vorher auf einen ähnlichen Standpunkt gestellt. Neuerdings ist auf eine Eingabe des Bürgerrates Groß-Berlin vom Ministerium des Innern folgende Bescheid eingegangen:

Die Entscheidung über die Fortdauer der kommunalen Arbeiterräte sieht nach Durchführung der Neuwahlen der Gemeindevertretung, die zugleich das gesetzliche Kontrollorgan der Gemeindeverwaltung ist, als Ausfluß der Selbstverwaltung zu.

Es wird kein Unterschied gemacht!

Die „Münchener Post“, das rechtssozialistische Organ, brachte vor einigen Tagen einen Artikel über die Schreckensfrage in München, dem wir folgendes entnehmen:

Der Aktionsausschuß gewann durch seine Tätigkeit einen so tiefen Einblick in das herrschende Verbrechen der ungesetzlichen Erklärungen, der willkürlichen Verhaftungen, der überhöferten Gefangenheiten, der brutalen Gefangenenbehandlung, daß er sich genötigt sah, eine besondere Untersuchungskommission über die Durchführung des Strafrechtsverfahrens bei der Regierung Hoffmann zu beantragen.

Diese amtliche Untersuchung kann leider keine Toten mehr zum Leben erwecken, aber sie wird wahrscheinlich verhindern, daß künftig noch Lebendige unschuldig zum Tode befördert werden. Eine derartige Untersuchung dürfte ein solch erhebliches Anlagematerial gegen das Strafrechtsverfahren überhaupt an den Tag bringen, daß dieses als völlig unheilbar erkannt wird.

Dem Strafrechtsverfahren in München sind Männer und Frauen aller sozialistischen Parteien zum Opfer gefallen. Die

meine Verfolgungssucht bestimmter bürgerlicher Elemente, die vom tiefsten Haß gegen alle ehrlichen und offenen Bekämpfer des Sozialismus erfüllt sind, machte keinen Unterschied zwischen Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten.“

Die „Münchener Post“ erwähnt zum Schluß ihres Artikels die Arbeiter, sich über dem Massenrab unerschrocken geäußert. Brüder und Schwestern die Hand zu reichen und schließlich zu geloben: „Bist mir der gefährlichen Kampfweise unter Arbeitern. Fort mit dem Kultus der Gewalt, der wohl den Repräsentanten des Militarismus anlehnt, nicht aber den Vertretern des Sozialismus.“ Das Wort sollte dieses Gelübde zunächst einmal von den eigenen Gesinnungsgenossen verlangen. Denn, wer baldig mehr dem Kultus der Gewalt, als die „Sozialisten“ in der Regierung, allen voran Herr Koller? Und es ist nicht viel weniger als eine Heuchelei, wenn erst die „Münchener Post“ zur Einigung der Arbeiter aller Richtungen gegen den Kultus der Gewalt aufruft und sich nachher die Partei dieses Blattes mit den bürgerlichen Parteien zur Bildung eines Koalitionsministeriums verbindet, mit denselben Parteien, die die Gewalttaten der Kollergarden heilen.

Änderung des Wahlverfahrens zu den Handelskammern. Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat in der preussischen Nationalversammlung beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, innerhalb eines Monats eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die eine gründliche Änderung der Wahlverfahrens zu den Handelskammern vorsieht. Sofort nach Annahme dieses Gesetzes haben Neuwahlen zu allen Handelskammern stattzufinden.

Der Straßenbahnverkehr in Köln ist auf Anordnung der britischen Militärbehörden wieder aufgenommen worden.

Die ungarische Militärregierung berichtet über Erfolge, die ihre Truppen im Kampf gegen die Rumänen errungen hat.

Der Tiroler Bauernbund hat sich einstimmig für die Selbstbestimmung über etwaigen Anschluß an ein anderes Land, für die Erhaltung des deutschen und ladinischen Sdittols beim Mutterlande, für deren Selbstbestimmungsrecht und für die Wahrung der uralten verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Tiroler Volkes ausgesprochen.

Edebour vor den Geschworenen.

Einer, der von nichts weiß.

In dem Prozeß gegen die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg marschierten eine ganze Reihe von Zeugen auf, die sich auf alle Einzelheiten genau entsinnen konnten. Nur das Rünge der Täter war, der Luxemburg und Liebknecht mit dem Kolben geschlagen hat, wollten sie absolut nicht wissen. Die Zivilzeugen aus dem Edenhotel, die Kameraden des Rünge wußten es. Nur die Offiziere des Edenhotels waren darüber nicht unterrichtet und wollten es alle erst später durch die Voruntersuchung erfahren haben.

Auch die angeklagten Offiziere, die selber gesehen hatten, wie die Schläge gegen die beiden Gemordeten geführt wurden, haben in ihrer tadelloßen Korrektheit erst später erfahren, daß Rünge der Missetäter war. Auch am Tage nach der Tat, als sie mit Rünge zusammen sich zu einem freilichigen Gruppenbild formierten, das ein zufällig anwesender Photograph dann auf seiner Platte festhielt, wußten sie nicht, wer Rünge war.

Ein ähnlicher Zeuge ist jetzt wieder im Prozeß gegen den Genossen Edebour aufmarschiert. Es ist dies der Graf Westarp, der den Sturm auf den „Vorwärts“ vorbereitet und durchgeführt hat. Er weiß sich auf alle Einzelheiten genau zu entsinnen, er weiß anzugeben, wie die gefangene Befehlsführer aus dem Gebäude herauskam, wie sich die Gefangenen zu Gruppenkolonnen formieren mußten, wie sie nach der Tragonerfahne abtransportiert wurden. Er hat den Zug selber einige Meter begleitet, aber er hat nicht gehört, daß Schimpfworte und Drohungen ausgestoßen wurden, er hat nicht gesehen, daß die Gefangenen mißhandelt worden sind, er hat selber keine Drohungen ausgestoßen. Er ist ein Offizier, und dazu noch ein Graf — er ist ein Mann von durchaus korrektem Benehmen, und daß er von mancherlei sonderbaren Dingen nichts weiß, tut seiner Ehre keinen Abbruch.

Genau vormittag geriet der Herr doch in einige Verlegenheit. Er wurde dem Zeugen Fröhlich gegenübergestellt, der bei dem Abtransport der gefangenen „Vorwärts“-Befehlsführer zugegen war. Der Zeuge erkennt in dem Grafen den Offizier wieder, der beim Abtransport der Leute die Drohung ausstieß: „Wartet nur, Euch wird noch der A — — aufgerissen bis zum Stehragen. Und zwar hat der Herr Graf nach der bestimmten Aussage des Zeugen Fröhlich diese Äußerung in dem Augenblick getan, als die Gefangenen mit dem Kolben geschlagen wurden, als man mit Häuten auf sie einschlug, und als einer dieser Gefangenen mit der Faust darauf ins Gesicht geschlagen wurde, daß ein Brillenglas zerbrach und die linke Gesichtshälfte stark blutete. Der Mißhandelte hat laut um Hilfe gerufen; in diesem Moment ist nach Aussage des Zeugen Fröhlich die Äußerung des Grafen Westarp, die dem Sprockler des Kaiserhofes entkam, gefallen.

Aber, wie gesagt, der Herr Graf weiß nichts davon. Der Zeuge Fröhlich behauptet, daß auch noch weitere Zeugen diesen Vorgang bezeugen könnten. Es entsteht eine peinliche Stille im Gerichtssaal, auch die Staatsanwaltschaft ist betroffen. Der Herr Graf macht einige schüchternen Einwendungen. Daraufhin stellt Rechtsanwalt Moienfeld fest, daß Westarp vor Beginn der Verhandlung im Zimmer der Staatsanwaltschaft auf dem Stuhle eines Staatsanwaltes saß, eine Zigarette schmauchte und sich mit Herrn Staatsanwalt Zumbroich unterhielt. Der Staatsanwalt läßt erregt von seinem Tische hoch, spricht von Verdächtigungen und ungläubigen Behauptungen, und es entsteht ein längerer erregter Disput, bis schließlich die Erregung des Herrn Staatsanwaltes durch den Vorstehenden auf das ausdrückliche Ersuchen der Verteidiger eingedämmt wird.

Herr Zumbroich hat nämlich die Angewohnheit, dauernd zu sprechen, ohne Rücksicht darauf, ob er das Wort hat oder nicht. Er meint, wie der Graf Westarp, gewisse Dinge zu überhören, er scheint nicht zu wissen, daß auch die Verteidiger das Wort gestattet bekommen, und spricht in einem fort darauf los, bis der Vorsitzende durch eine energische Geste endlich die Verhandlung wieder in ordnungsgemäße Bahnen bringt.

Gewerkschaftliches.

Der Achtstundentag in Frankreich.

Das alte Forderung der Sozialdemokratie, der 8 Stunden Tag, wird jetzt auch von der französischen Arbeiterchaft in allen Gewerbezweigen durchgefochten. Während die Holzarbeiter und einige verwandte Branchen die achtstündige Arbeitszeit in Tarifverträgen mit den Unternehmern durchgesetzt haben, stehen die Metallarbeiter sowie die Gastwirtschaftsgehilfen, Rechner und Präsure noch mit den Unternehmern in Verhandlungen. Auch in anderen Arbeitszweigen, z. B. bei den Gasarbeitern, den Bürstenbindern und den Drechsler wird die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich erhoben.

Angewandtes Mitbestimmungsrecht.

Die Frage des Mitbestimmungsrechts wurde von dem Werksstättenpersonal der Städtischen Straßenbahnen in Berlin aufgerollt und zu einem entscheidenden Ergebnis geführt. Dem äußeren Anlaß dazu war die Anstellung eines neuen Meisters. Das Personal vertrat den Standpunkt, daß es nicht notwendig sei, in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit in Berlin noch Leute von außerhalb heranzuziehen. Außerdem stand die bekannte Verordnung des Demobilisationsamts dem entgegen. Das Personal beanspruchte die Befreiung des Postens aus ihrer Mitte. Die Verwaltung der Städtischen Straßenbahnen fügte sich dem sanften Druck des Personals, verzichtete auf den Meister, und ging so dem Ausbruch eines ersten Konflikts aus dem Wege. Der Magistrat aber ließ sich das nicht gefallen, sondern rief das Einigungsamt an. Unter Vorsitz des Herrn Magistratsrats von Schulz fand am 6. Mai im Gewerbegericht eine Verhandlung statt, die sich mit den oben geschilderten Fragen beschäftigte. Als Vertrauensleute der Arbeitnehmer waren die Genossen Metz und Walzahn vom Vollzugsrat hinzugezogen. Nach mehrtägiger Verhandlung fällt das Gewerbegericht folgenden Spruch:

„In dem vorliegenden Streitfall wird festgestellt, daß der Arbeitgeber berechtigt war, über die Befreiung des Werkmeisters Postens allein zu bestimmen.“

In Zukunft aber soll das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wie folgt geregelt werden:

Den Arbeitern wird das Mitbestimmungsrecht in allen wirtschaftlichen und das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zuerkannt, insbesondere bezieht sich dies auf die Einstellungen, Kündigungen, Entlassungen von Arbeitern, Vorarbeitern und Werkmeistern, auf die Befreiung von Wahlen, Urlaubsbewilligungen und Beförderungen. Das Mitbestimmungsrecht wird durch den nach den bestehenden Vorschriften gewählten Arbeiterratsauschuß ausgeübt. Bei Unstimmigkeiten ist innerhalb dreier Tage ein Schlichtungsausschuß anzurufen, der über die Streitfrage endgültig entscheidet. Bei Kündigungen und Entlassungen hat der Widerspruch des Arbeiterratsauschusses aufschiebende Wirkung.

Bezüglich der Einstellungen gilt folgendes: Gegen jede Einstellung von Arbeitern, Vorarbeitern und Werkmeistern, von dem dem Arbeiterratsauschuß vorher Kenntnis zu geben ist, kann dieser innerhalb von 3 Tagen Einspruch erheben, wenn wichtige berechtigten Interessen der Arbeiterchaft des Betriebes dadurch verletzt werden. Gründe und Beweismaterial sind sofort zum Vortrag zu bringen.

Kommt über den Widerspruch eine Einigung zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterratsauschuß nicht zustande, so hat der Arbeitgeber das Recht, innerhalb dreier Tage nach Beendigung der Verhandlungen den Schlichtungsausschuß anzurufen, dessen Entscheidung endgültig ist.

Nach alledem wird festgestellt, daß aus diesem Mitbestimmungsrecht ein Anspruch der Arbeiter auf ein alleiniges Bestimmungsrecht keineswegs herzuleiten ist.“

Das Werksstättenpersonal der Städtischen Straßenbahnen in Berlin hat den Schiedsspruch angenommen. Von seiten des Magistrats ist kein Einspruch erfolgt. Derselbe ist also rechtskräftig.

Streik der Betriebstohrleger.

Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute! Die Betriebstohrleger aller Betriebe Gr.-Berlins sind am Sonntag den 25. Mai 1910, in den Streik getreten. Trotz energischem und eifrigem Bemühen der Verhandlungskommission war es bei den Verhandlungen nicht möglich, ein annehmbares Resultat zu erzielen, da die Vertreter der Arbeitgeber nach hundertmaligen Verhandeln dem Rohrleger 2,75 M. und dem Helfer 2,40 M. Normallohn nur zubilligen wollten. Dieses Verhandlungsergebnis wurde einmütig abgelehnt und der Streik beschlossen. Jede in den Betrieben ab Sonntag den 25. Mai, ausgeführte Rohrlegerarbeit ist Streikarbeit. Wir erwarten von allen Kollegen, besonders von den Reparaturschlossern und Elektromonteuren unbedingt Solidarität. Einmütiges Zusammenstehen verbürgt den Erfolg. Wir erjüden daher alle Arbeiterräte, Betriebsräte, Arbeiterratsauschüsse und Vertrauensleute auf eventl. Streikbrecher und Streikarbeit ein nachjames Augenmerk zu richten. Nur so wird es möglich sein, uns und unseren Familien die Lebensmöglichkeit zu erlämpfen. Hoch die Solidarität! Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Gr.-Berlins. J. A. Max Diefel.

Tarifvertrag für das Friseurgewerbe Groß-Berlins.

Zwischen dem Interessenverband der selbständigen Friseure Groß-Berlins, dem die freien Innungen, Joanginnung und die freien Vereinigungen in Berlin, Writ, Charlottenburg, Writzenberg, Neudölln, Reinickendorf, Schöneberg, Teglich, Tegel, Weichensee und Wilmersdorf angehören, und dem Zweigverein Berlin des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands, wurde am 20. Mai ein Tarifvertrag bis zum 30. September 1910 abgeschlossen.

Die Arbeitszeit beträgt nach dem Vertrag 8 1/2 Stunden an Wochentagen, 9 1/2 Stunden des Sonntags und 4 Stunden des Sonntags. Die Arbeitszeit fällt in die Zeit zwischen 8 Uhr morgens und 7 Uhr abends, die zweihändige Mittagspause in die Zeit zwischen 11 und 3 Uhr. Für Frühstück- und Vesperpause wird zusammen eine halbe Stunde angedreht. Als Ersatzregel für Sonntagsarbeit ist in jeder Woche ein Nachmittags von 1 Uhr ab oder in jeder zweiten Woche ein voller Arbeitstag freizugeben. In Betrieben mit vollständiger Sonntagsruhe bleibt diese bestehen. Kürzere Arbeitszeit darf nicht verlängert, längere Mittagspause nicht gefügt werden.

Der Mindestlohn beträgt für Herrenfriseur 60 M., für Damenfriseur und Friseurin mit entsprechender Lehrgelt 70 M., für die übrigen Friseurin nach 1jähriger Beschäftigung als Gehilfin 60 M., nach 2jähriger Beschäftigung 60 M., und nach 3jähriger Beschäftigung 70 M.

Der Zuschußlohn beträgt für Herrenfriseur 1,00 M., für Damenfriseur 1,75 M. für die Stunde, bei mindestens drei Stunden. Für Sonnabend- und Sonntagsgeldlohn von Sonnabends 1 Uhr ab beträgt der Lohn 18 M., für einen Sonnabend- oder Feiertagsvorabend 10 M., und für einen Sonn- oder Feiertag 8 M.

Den in Arbeit stehenden Gehilfen und Gehilfinnen ist die Bedienung von Kunden auf eigene Rechnung und die Anfertigung von Haararbeiten bei sofortiger Entlassung unterlagt, ebenso die zehnermäßige Unterweisung Berufsfremder in der beruflichen Tätigkeit.

Arbeitgebern, die die Mindestpreise nicht einhalten, werden keine Arbeitskräfte vermittelt. Bei etwaiger allgemeiner Erhöhung der Preise hat eine vorherige Vorabkündigung der Vertragsschließenden stattzufinden.

Mit der Durchführung und Ueberwachung des Tarifvertrages ist eine aus je 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern bestehende Schlichtungskommission betraut.

Groß-Berlin.

Volkversammlung.

Der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte, sowie der Delegierten der Soldatenräte am Mittwoch, vormittags 10 Uhr, in den Kammerfälen, Teltower Straße, Fortsetzung der am 21. Mai vertagten Volkversammlung.

Tagesordnung:

1. Finanzierung der Arbeiterräte sowie des Volksgrates. Vorbereitung zur Neuwahl der Arbeiterräte und Einberufung des kommunalen Arbeiterrates.
2. Stellung der kommunalen Arbeiterräte.
3. Boykott der Freiwilligenverbände.
4. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Richard Müller. Fritz Brölat.

Kommunale Arbeiterräte des Kreises Teltow.

Mittwoch, den 28. Mai, nachm. 8 Uhr, Sitzung im Herrenhaus, Plenarsaal. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher kommunalen Arbeiterräte des Kreises Teltow zu dieser Volkversammlung unbedingt notwendig. Eintritt nur gegen die von der Zentralkasse ausgestellten roten Ausweisarten. Die freiziehenden Städte (Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neudamm) haben keinen Zutritt zu dieser Versammlung.

Entlassen wegen Verstoßes gegen den Anstand.

Unsere Polizei hält auf Anstand; sie ist sogar die Wächerin des Anstandes. Wer's nicht glaubt, dem können wir nicht helfen. Werden nicht alle Leute, die mit der Polizei zu tun haben, anständig behandelt? Aber von diesem Anstand im gewöhnlichen Verkehr wollen wir heute nicht reden, sondern von den Verkehrsvormen der Polizeibeamten untereinander. Nach der Revolution gaudien auch die Polizeibeamten für sich ein größeres Mitbestimmungsrecht in Anspruch nehmen zu sollen und mit Hilfe der Unterstützung des damaligen Polizeipräsidenten Eichhorn wurde auch das Beamtenverhältnis und insbesondere das Vorgesetztenverhältnis reformiert. Dem Herrn Vorgesetzten war das sehr unangenehm, und sie suchten noch und nach wieder zu dem alten Vorgesetztenverhältnis zu kommen. Unter der Regie des Herrn Eugen Ernst wurde das leichter. Und wer da nicht so will, wie früher, der wurde abgewimmelt. Vor uns liegt ein Entlassungszeugnis eines als Wachmeister bei der Kriminalpolizei beschäftigten gewissen Mannes. In diesem Zeugnis steht folgender Satz: „Seine Entlassung erfolgte wegen eines groben Verstoßes gegen die Formen des Anstandes einem Vorgesetzten gegenüber.“ Der Mann stand kurz vor seiner feinen Entlassung, als er plötzlich gekündigt wurde. Er hatte einem Vorgesetzten gegenüber nicht in der früher üblichen Art mit zusammengeknippten Lippen geredet, sondern vor den Herren Vorgesetzten nicht ganz gekniffelt. Das bedeutet Verstoß gegen die Formen des Anstandes und der Mann wird entlassen. Es wird stark behauptet, daß die Entlassung zurückzuführen sein dürfte, weil der Mann von seiner linksgerichteten politischen Meinung kein Geheiß gemacht habe, aber man will das nicht Wort haben, sondern man sucht nach anderen Gründen, um dem nicht auf den Mund und auf den Kopf Gefallen eines anzuhängen. Und nachdem Herr Eugen Ernst in die Ästen gesehen hat, da habe auch er nichts übrig für den Entlassenen. Aber um die Tatsache kommen wir nicht herum: Das Vorgesetztenverhältnis im Polizeidienst ist wieder in aller Blüte und zeigt, wo wir stehen.

Die Erwerbslosenfürsorge hat mitgeteilt, daß auf den am Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrtstag) fälligen Stempel, sowie auf den ersten fälligen Stempel in der Pfingstwoche verzichtet wird.

Vollkonzerte des Philharmonischen Orchesters finden im Juni d. J. statt: Am Freitag, den 6., in den Germania-Profiläen, Chausseestraße 110, Sonnabend, den 7., im Seeshofen-Saal, Köpenicker Str. 22, Dienstag, den 10., Mittwoch, den 11., Freitag, den 13., Sonntag, den 15., Dienstag, den 17., Donnerstag, den 20., Mittwoch, den 25., Freitag, den 27. und Montag, den 29., in der Philharmonie, Brandenburgische Straße 24/25. — Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Vorverkauf der Eintrittskarten findet statt in der Zentralkasse für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer Str. 18, Zimmer 13. Die im Vorverkauf nicht untergebrochenen Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Der Arbeiter-Wassersportverband teilt den Funktionären sowie Veranlagungskomitees von Partei, Gewerkschaft und Vereinigungen mit, daß sich der Kreis I des Arbeiter-Wassersportverbandes verpflichtet, bei Veranlagungen, welche in Potsdam, bei dem Wasser gelegen sind, abgehalten werden, resp. bei Dampferpartien Rettungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Etwaige Anfragen resp.

Bestellungen sind nur an den Obmann der Rettungswache, H. Mensel, Berlin-Weißensee, Köpcke-Straße 10 II. zu richten.

Arbeiter-Bildungsschule. Des Himmelfahrtstages wegen ist die Bibliothek in dieser Woche am Mittwoch von 6—8 Uhr geöffnet. Wilmersdorf. Die Kommission zur Verwaltung und Verteilung des Restbetrages der Lagerkassenspende hat bisher an über 200 Hilfsbedürftige Unterzügen im Betrage von 10 000 M. zur Auszahlung gebracht. Weitere Unterzügen auf einmündige Unterstützung Hilfsbedürftiger oder invalider Kriegsteilnehmer sowie Kriegswitwen und -Waisen sind an den Stadtverordneten Jabomski, Rathaus Wilmersdorf, Zimmer Nr. 17, zu richten.

Ederwalde. Anlässlich der Feier des 1. Mai haben die Genossen hier eine Sammlung für die Hinterbliebenen der Märtyrergefallenen veranstaltet. Die gesammelte Summe von 1300 M. ist in der Redaktion der „Freiheit“ eingegangen und wird von hier aus ihrem Zweck zugeführt werden.

Wohnungsmiet, Wohnungswucher, Mieterträge. Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Aula Koppenstr. 84, Mieterbund.

Zentralkasse für Einigung der Sozialdemokratie Sozial Süden. Mittwoch, den 28. Mai 1919, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Restaurant Krüger, Schönleinstr. 6. Referenten: Stadtverordnete Gottfr. Schulz (U.S.P.) und Ferd. Ewald (S.P.D.).

Altenmappe mit wichtigem Inhalt in Drochke von Chausseestraße nach Jüdenstraße Sonnabend nacht liegen geblieben. Abzugeben gegen Belohnung Jüdenstraße 49, partier.

Aus dem Gemeindeleben.

Reinickendorf. Bei den Wahlen zum Kreisrat erhielt unsere Partei drei Mandate: Köpfer, Manowski, Sella. Dem Gewerbe von drei Grundstücken im Zuge der zu errichtenden Hochbahn wurde zugestimmt. Der Hebersteuerungszuschuß des Hochbahnprojekts ist noch nicht erteilt. Ein Antrag, die Zahl der Schöffen zu erhöhen, wurde angenommen mit 10 als Höchstzahl. Ein Zuschuß für das städtische Kinderheim wurde abgelehnt. Der freien Turnerschaft wurde 300 Mark bewilligt. Zur Frage der Kleinrentierung wurde von unseren Genossen das merkwürdige Verhalten des Wohnungsverbandes gebührend gekennzeichnet, der dem gemeindlichen Unternehmen die Zuschüsse verweigert, um dieselben der Privatkapitalisten zuzuführen. Diese Art der Hingeherei heißt die kleinen Leute, die ihre Ersparnisse in solche Projekte hineinstecken, doch einfach narren, im Interesse der Hausbesitzer.

Die Sitzung am 22. Mai brachte als Novum einen Vortrag des Gen. E. Graf über: „Die Zukunft Deutschlands im Lichte der Friedensbedingungen.“ Trotz lebhaften Protestes der Bürgerlichen wurde mit Zustimmung der Rechtssozialisten die bereits angeordnete Sitzung unterbrochen, um die außerordentlich interessanten Ausführungen des bekannten Wirtschaftsgeographen anzuhören. Die streng wissenschaftlichen Darlegungen erregten die verammelten Publizisten in fesseler Weise ein Bild des künftigen Europas. Sieben Vertreter und Erfahrmänner wurden zum Kommissionsvorstand Reinickendorf-Wittenau gewählt. Der Antrag des Angehörigen Ausschusses, den Berliner Tarif für die Barren-Hilfskräfte auch für Reinickendorf einzuführen, wurde angenommen. Die Kosten betragen 121 000 M. Eine Neuordnung der Beamtenbesoldung wurde angekündigt. Unser Weber kennzeichnete dieses unaufrichtige Emporarbeiten der Löhne als eine Folge der wahnwitzigen Kriegspolitik mit ihrer gewaltigen Geldentwertung. Einige vom Beamten-Ausschuß eingebrachte Sonderwünsche wurden verlegt, die von den Unterbeamten gewünschte lebenslängliche Anstellung aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Einer Erweiterung des Vorstandes um zwei weitere Mitglieder wurde zugestimmt, nachdem ein Antrag der Rechtssozialisten auf Verhältnismäßig zur Ablehnung gekommen. Durch den Antrag der Rechtssozialisten wären auch die Bürgerlichen in den Vorstand des Ernährungsausschusses gekommen. Auf Antrag der Finanzkommission wurde der Lohn der Hilfspolizeibeamten auf 110 M. wöchentlich erhöht. Der Antrag auf Erwerb des Großstädtischen Grundstückes zur Erweiterung der Kleinrentierung fand ebenfalls Annahme. Ebenso die beantragte Ausdehnung der Tilgungsraten unserer Anleihen.

Waldhof. Gemeinde-Vertreterversammlung. Die Arbeiten für den Kleinwohnungsbau wurden an die vom Bauamt beschlossenen Firmen vergeben. Die Gesamtkosten dürften sich auf rund 500 000 M. belaufen, es ist aber zu erwarten, daß der Wohnungsverband die Hebersteuerungszuschüsse erhöhen werde. Von bürgerlicher Seite wurde von dem Bau abgeraten, weil die Kosten zu hohe seien und Rentabilität nicht gesichert sei. Unsere Genossen lobt und Preising betont demgegenüber, daß die Wohnungsnot sich leider noch steigern würde. Ungeachtet der hohen Kosten müsse auf jeden Fall und schnell gebaut werden. Die Schuld an den traurigen Wohnverhältnissen treffe diejenigen, die den Krieg veranlaßt hätten. Die Gemeindevertretung beschloß, die unzureichende Inangriffnahme der Bauprojekte und beantragte den Gemeindevorstand, mit dem Wohnungsverband erneut wegen Erhöhung der Hebersteuerungszuschüsse in Verhandlung zu treten. Die Gemeindevorstände sollen, falls andere Räume nicht zur Verfügung stehen, zu Verhandlungen benutzt werden können. Den örtlichen Turnvereinen soll die Halle wie bisher kostenlos überlassen werden. Der Normal-Verordnungspesen der Diätäre und Angehörigen nach Berliner Muster wurde angenommen, die weiblichen Angestellten unter 25 Jahre erhalten eine Teuerungszulage

von 75 Mark pro Monat. — Die drei Schöffen, Winter, Böttcher, Schwarzlose haben ihre Ämter niedergelegt, erklären sich bereit, bis zur Neuwahl am 2. Juni auf ihren Posten zu verbleiben. Eine Amtsniederlegung des Bürgermeisters ist nicht gewünscht. Die Beratung einer befohligen Schöffensitzung führte zu lebhaften Debatten. Dr. Saling (bürgerlich) tritt die Notwendigkeit einer befohligen Schöffensitzung mit Hinweis auf die bereits vorhandenen fünf Schöffen, die durch eine Entschädigung erhalten könnten. Die beiden sozialdemokratischen Genossen begründen in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der befohligen Stelle hauptsächlich mit der Heberlastung des Bürgermeisters. Die Abstimmung, die auf Antrag der U.S.P. stattfand, ergab, daß für die befohlene Schöffensitzung 20 Gemeindevorteiler stimmten, während 8 sich der Stimme enthalten. Dagegen wurde nicht gestimmt. Die Entscheidungen über die Anstellungshältnisse der Beamten wurden mit den vorgeschlagenen Änderungen des Finanzunterausschusses angenommen. Lebhafter Protest gegen den Dr. Briel werden aus der Bevölkerung laut, weil keine Verbindung mit der vorher festgestellten Schöffensitzungsmöglichkeit abhängig macht. Genosse Kramer, S. P. D., weist noch darauf hin, daß die Geschäftsleute, um die Verteilung der Lebensmittel durch die Gemeinde zu verhindern, die Postämter auffordern sich durch Unterschrift zu verpflichten, auch fernab nur bei ihnen ihre Einkäufe zu decken. Er hält eine Aufforderung der Einwohnerschaft für dringend notwendig.

Waldhof. In der letzten Gemeindevorversammlung fand am zweiten Male unter Antrag der Schöffen, auf die Tagesordnung. Bei dem Antrag der Rechtssozialisten, den Zusammenlegung verschiedener Kommissionen verlangte, ihnen das Recht zugesprochen zu werden, aus ihrer Mitte einen Schöffen zu wählen, der für die Ausführung der Geschäfte verantwortlich sei, um so praktisch die Schöffen aufzuheben, schieden sich die Gemüter so, daß die Bürgerlichen wieder offen ausgesprochen, was sie denken. Der Gemeindevorstand klärte nach unserer Hinweis auf eine Mehrheit von sozialdemokratischen Wählern, er richte sich nicht nach der Quantität, sondern nach der Qualität der Wähler. Der Demokrat Kühn belehrte uns, wir beschließen können was wir wollten, der Gemeindevorstand brauchte dem nicht beigutreten. Das war sogar den sozialistischen zu bunt, so daß sie unserer Aufforderung, den Antrag zu verlassen, folgten. Wir fordern unsere Wähler auf, am Dienstag abends 8 Uhr in der Turnhalle gegen die Degradierung zu wählen 2. Klasse zu protestieren.

Aus den Organisationen.

Freie Jugend Süd-Ost. Heute abend 8 Uhr öffentlicher Vortrag des Herrn Maxer über Revolution und Krise im Licht der Derrn Herrmann Schmalz, Alte Jakobstr. 22/24.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr, Hinderburgschule, Charlottenburg, Mitglieder-Versammlung. — 5. Gruppe. Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Extrajahresabend bei Theien, Kaiser-Friedrichstr. 10.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp. Redaktions-Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. O. m. b. H., Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgeellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P.

Heft 5 erscheint morgen.

Aus dem Inhalt:

Die Demonstrationen der U. S. P. für den Frieden. Rede Adolf Hoffmanns v. Döllner vom Lebehauptungsprozess.

Wollt Ihr das wieder? Bilder von den Schlachtfeldern.

Leo Tolstoj: Der Teufel. Roman. Gustav Landauer: Revolution, Nation und Krieg und vieles andere.

Kathkatu: Jehrenbach: Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60 Nr. 1-4 können noch nachgeliefert werden.

Ju haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsveranstaltungen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Berwaltung Berlin. Telefon: Amt Köpenick 10623, 3678. Bureau, Berlin, Auguststr. 20.

Bezirk Wedding, Gesundbrunnen u. Moabit.

Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal von Fritz, Köpenicker Str. 71. Mitglieder-Versammlung über Bau- und Möbelhändler.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirksversammlung. 2. Unterhaltungsprogramm. 3. Berichtsbelegungen. Die Kreisverwaltung.

Strassenhändler!
Soeben erschien in unserem Verlage die neue Broschüre **Der Sechsstudentag**
Verkaufspreis 30 Pf.
Falls Sie sich für den Verkauf interessieren, wenden Sie sich noch heute an uns.
H. SCHRODER & Comp.
Bände i. Westf.

Parzellen
am Bahnhof Hasdorf, Wandlitz, Birkenwerder, Friedersdorf etc. — Anzahlung. Tel. 2594. Hltern, Segitz, Vratzshkestr.

Sweater, weiß, für Herren, neu oder gut erhalten, sucht zu kaufen Götz, Wrangelestraße 121.

Bett-, Leib-Wäsche. Betten stein zu kaufen gesucht. Karg, Adalbertstraße 74.

U. S. P. D. 4. Kreis.
Morgen Mittwoch, 28. Mai abends 8 Uhr
Boecker's Festsäle, Weberstraße 17
Lichtbilder-Vortrag
des Schriftstellers Hans Siemon über **Die Revolution in Berlin**
mit authentischen Bildern aus den Revolutions- und Straßenkämpfen.
Eintritt 1 Mk.
Vorverkauf bei allen Funktionären des 4. Kreises und von 7 Uhr ab an der Abendkasse.
Der Vorstand.

Zahnpraxis Witte
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.
Spez.: Naturtreuer Zahnersatz. Mäßige Preise.

Kupferleitungsdraht, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise Bartel, Prenzlauer Str. 13 am Alexplatz. Telefon Köpenickstadt 2018.

Leinwand, Lacks, Bleiweiß, Strohöl, Scheiböl usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Borowski, Ousemannstr. 2, Nollendorf 2579

Buchhandlung
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
c. O. m. b. H.

Schriften der U. S. P. zum Frieden.
Annehmen oder ablehnen?
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.
Mit Beiträgen von K. Kautsky, G. E. Ort, C. Balld, A. Stein, R. Hillerding und H. Haase.
48 Seiten Preis 30 Pf.

Deutschland nach dem Frieden.
Wirtschaftspolitische zu den Versailler Bedingungen.
Von Engelbert Geßl.
16 Seiten Preis 30 Pf.

Die Schriften erklären und rechtfertigen den Standpunkt der U. S. P. in der Friedensfrage. Sie geben den Genossen das geistige Rüstzeug im Kampfe gegen die aufkommende nationalistische Flut.

Die Schriften sind durch jede Buchhandlung sowie direkt von der Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. O. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

4. Wählkreis U. S. P. D. Bezirk 203
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin
Wilhelmine Wahl
am 24. 5. 19 gestorben ist. Ihre ihrem Andenken. Die Beerdigung findet am 28. 5. 19 nachm. 4 Uhr, vom Markuskirchhof, Wilhelmshagen, ab statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

U. S. P. Lichtenberg.
Am 24. 5. verstarb unser langjähriger Genosse
Wilhelm Deckwar
Lichtstr. 46 im Alter von 61 Jahren.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 28. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Marzahn statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Hinverrichtet sind die Augen aller auf die Rechtsintellektuelle „Wahrheit“ Auskünfte, Beobachtungen, Verurteilungen! Sämtliche Rechtsachen! Hervorragende Erfolg! Kottbuser Damm 65, Neanderstr. 7, Adalbertstr. 3, Große Frankfurter Straße 10, Neukölln, Emser Straße 69.

3 zuverl. Botenfrauen
worden sofort eingestellt.
Freiheit, Schiffbauerdamm 19.

Kluge Handwerker
bereiten sich vor die bevorstehende Anwesenheit gewerblicher Arbeiter. Wir haben jetzt nur noch einen Arbeiter, der sich damit eine gute Stellung oder einen Lohn verdienen kann. Über anerkannt gute und lehrreiche Arbeit die Sie in der Lage sind zu fördern und vorzubereiten. Für Meister, Lehrlinge, Gesellen. Bewirbt sich Carl Berner, Wilmersdorfer Str. 10, Zimmer 13.

Strassenhändler
für den Verkauf wichtiger Sachen gesucht.
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19, Berlin.

Einkauf
von allem (auch Platin) gesucht.
Joseph, Brunnenstraße 10.